

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahten-Schrift: Tagesblatt Riesa.
Gesamt Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain,
des Amtsgerichts und des Rates der Stadt Riesa, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postfachkonto: Leipzig 21354.
Stroßstraße Riesa Nr. 52.

Nr. 243.

Montag, 18. Oktober 1920, abends.

73. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Verkaufspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 4.— Mark ohne Postgebühren, bei Wohnung am Posthalter monatlich 4.10 Mark ohne Postgebühren. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 8 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43 am heftigsten, 1 am höchsten Grundstiftungs- (7 Bänden) 1.10 Mark, Ortspreis 1.— Mark; gelbdruckter und tabellarischer Satz 10%, Aufschlag, Nachweisungs- und Vermittlungsgebühr 80 Pf. Keine Karte. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abzug eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wertschätzende Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Schmel, Riesa; für Anzeiger: Wilhelm Dittsch, Riesa.

Die Maul- und Klauenseuche ist ausgebrochen unter den Viehbeständen der folgenden Besitzer:

1. In Weidau bei Max Thomas; in Weidau bei Reinhold Lehmann, Reinhold Graf, Hermann Kunath; in Wülknitz bei Paul Welter.

Auf die amtlichen Bekanntmachungen wegen des Ausbruchs der Seuche in Glauchitz, Weidau und Wülknitz wird hingewiesen.

Großenhain, am 15. Oktober 1920.

2811 b EL

Die Amtshauptmannschaft.

Kartoffelversorgung für Winderbemittelte.

Im Anschluß an unsere Bekanntmachung vom 15. Oktober 1920 und die Bekanntmachung des Ausschusses für die Kartoffelversorgung im Bezirke des Kommunalverbandes Großenhain vom 14. Oktober 1920 geben wir noch folgendes bekannt:

1. Die Besteller von Kartoffeln zu ermäßigten Preisen haben, soweit Arbeitnehmer in Frage kommen, eine Bescheinigung des Arbeitgebers über die Höhe des jetzt zur Reichs-einkommensteuer herangezogenen Einkommens bei Rückgabe des ausgefüllten Fragebogens mit abzugeben.

2. Alle Winderbemittelte bis zu 15000 Mark Einkommen, die Anspruch auf verbilligte Kartoffeln erheben wollen und nicht schon mit Kartoffeln versorgt sind, haben den Fragebogen auszufüllen, auch wenn sie schon bei der Stadt die Lieferung von Kartoffeln beantragt haben. Auch diejenigen Winderbemittelten müssen einen Fragebogen ausfüllen, die die Kartoffeln nur wochenweise entnehmen wollen.

Die Fragebogen sind möglichst umgehend, spätestens aber bis Mittwoch, den 20. Oktober in der Postzeitung wieder abzugeben.

Der Rat der Stadt Riesa, am 18. Oktober 1920.

Im Anschluß an unsere Bekanntmachung vom 28. April 1920 — Regelung des Verkehrs mit Rohle im Hausbrauwirtschaftsjahr 1920/21 betreffend, geben wir bekannt, daß auf die Monate Oktober 1920 bis April 1921 neue Rohlebesitzarten für

kleinvererbliche und landwirtschaftliche Betriebe usw. in gleicher Höhe zur Ausgabe gelangen. Die für jeden Betrieb zu bewilligende Menge vom Ortshohlen-fleissenausdruck festzusetzen.

Die neuen Rohlebesitzarten können Dienstag, den 19. und Mittwoch, den 20. Oktober im Rathaus, Zimmer 5, in der Zeit von 8 bis 12 Uhr vormittags gegen Vorlegung der Protokollkarte abgeholt werden. Sie sind alsbald nach Empfang bei dem Rohle-händler, von dem während der Gültigkeitsdauer der Karten die Rohle bezogen werden sollen, vorzulegen und zur Abnahme anzumelden.

Der Rat der Stadt Riesa, am 16. Oktober 1920.

Ab.

Kartoffelversorgung in Gröba.

Wie nehmen Bezug auf die Bekanntmachung des Ausschusses für die Kartoffel-versorgung im Bezirke des Kommunalverbandes Großenhain vom 14. Oktober 1920. Hiernach haben sich alle Personen, die Anspruch auf Lieferung von verbilligten Kartoffeln erheben, bis zum 21. Oktober 1920 bei der Gemeindebehörde zu melden. Die Meldungen werden während der Dienststunden im Gemeindeamt, Zimmer 6, entgegen-genommen. Hierbei ist anzugeben, wieviel Personen im Haushalt zu versorgen und wieviel Kartoffeln bereits vorhanden sind. Vorzulegen ist die Lebensmittelkontrol-larte und eine Bescheinigung des Arbeitgebers über die Höhe des jetzigen Einkommens.

Alle Angaben haben unbedingt der Wahrheit zu entsprechen, da dieselben durch Revisionen nachgeprüft werden. Die von den Erzeugern abzugebenden verbilligten Kartoffeln sind, soweit sie den Vertrags- bzw. Reichsreservekartoffeln entnommen werden, bereits mit einer an die Aufkaufgenossenschaft zu entrichtenden Kommissionsgebühr von 1,58 Mark belastet. Um diesen Betrag, sowie um etwaige Anfuhr- und Verteilungskosten werden sich die Preise von 18 Mark und 20 Mark noch erhöhen. Alle bis jetzt bei uns be-wirkten Kartoffelbestellungen sind, soweit nicht bereits Belieferung erfolgt ist, hinfällig.

Gröba (Elbe), am 17. Oktober 1920.

Der Gemeindevorstand.

Zum Wiederbeginn des Reichstages.

Am nächsten Dienstag nimmt der Reichstag seine Winterarbeit auf; es wartet ein sehr reichhaltiges Arbeitsprogramm. Auf politischem, wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Gebiet liegt soviel dringender Anlaß zu gesetzgeberischen Maßnahmen vor, daß voraussichtlich wieder sehr angestrengt gearbeitet werden muß. Die Reichs-regierung hat vor kurzem angekündigt, daß sie mit einem energiegelassen Programm hervortreten will; man wird ja dann gleich hören, auf welche Arbeiten es in den nächsten Monaten ankommt. Eine Reihe von Gesetzentwürfen liegt bereits halb oder ganz fertig vor. Das Reichswirtschafts-ministerium bereitet bekanntlich einen eigenen Gesetzent-wurf zur Sozialversicherungsfrage vor. Im Reichsjustiz-ministerium werden Gesetze ausgearbeitet, die auf eine schnelle Entstehung des Reichsnotopfers und der Reichs-einkommensteuer abzielen. Auch andere kleine Novellen zu dem Steuerwesen sind nötig, außerdem ist ein Gesetzent-wurf über die Reichsfinanzverwaltung, aus denen bekanntlich der Bau von Mietwohnungen gefördert werden soll, und über Abschmelzen in Vorbereitung. Das Reichsministerium des Innern trägt sich mit Schulvorsorgen und wünscht die Verabschiedung des bereits im Reichstag eingebrachten Jugendpflegegesetzes. Ausführlich wird ferner der Reichs-haushalt beraten werden, wobei vor allem die finanzielle Notlage des Reiches und die Stellung des Finanzministers in der Reichsregierung zur Erörterung gebracht werden müssen. Das kann natürlich nicht geschehen, ohne auch die entsehbaren hohen Kosten der feindlichen Besetzung und die Beschlässe von Spa, das Schicksal Oberösterreichs und alle brennenden Fragen der auswärtigen Politik zu be-rühren. Wie haben uns alle jedenfalls für die nächste Zeit auf eine hochpolitische Ausdrucksweise gefaßt zu machen.

Wie wir hören, besteht bei der Reichsregierung die Absicht, daß gleich nach den ersten Tagen nach Wiedereröff-nung des Reichstages der Reichsanwalt selbst das neue Regierungsprogramm vorträgt und daß sich daran eine ausführliche Erörterung anschließt. Hier werden dann alle die Fragen zur Sprache kommen, die in den letzten Wochen in den Parteiblättern diskutiert wurden: Die Basis der Regierungsbildung, die Kritik über einzelne Minister, die Notwendigkeit weitgehender Ersparnisse, der Abbau des Beamtenheeres und anderer. Das es dabei nicht ohne heftige Befehdung der Parteien untereinander abgehen dürfte, muß man ja leider nach allen bisherigen Erfahrungen als un-vernünftig ansehen. Die Auseinandersetzungen zwischen Deutschen und Deutscher Volkspartei, die Anglie gegen die Reichsregierung in den Zeitungen und auf dem Parteitag der Mehrheitssozialdemokratie, die scharfen Rippen zwischen verschiedenen sozialdemokratischen Par-teien und Gruppen, das alles wird leider eine traurige Neubelebung erfahren. Im Auslande entnimmt man dar-aus immer aufs neue, daß das deutsche Volk politisch nicht reif sei, weil es in der großen Not, in der es sich befindet und die auch vom Auslande anerkannt wird, nicht zusammenhält, sondern sich gegenseitig zerfleischt. Das Auslande hat ganz recht, wenn es Vorwürfe daraus für das deutsche Volk herleitet. Der Reichs-tag sollte eine vorbildliche Vereinigung aller Volks-kräfte darstellen und einmütig für den Wiederaufbau und neuen Aufstieg sorgen. Wenn er dieser Aufgabe des Tages nicht nachkommt, sondern in tragischer Verkennung die-ser Aufgabe lediglich Reden hält und mit Parteizant die Sitzungen füllt, so veründigt er sich an der Zukunft des Vaterlandes.

Uebrigens ist man in führenden politischen Kreisen aller Parteien überzeugt, daß der Reichstag bald Neu-wahlen entgegensteht. Niemand kann solche zwar wün-schen, weil eine unerkennbare Wahnmüdigkeit durch das Volk geht und auch aus Gründen der auswärtigen und inneren Politik eine Steigerung der Parteibewusstheit sehr nachteilig wäre, die jeder Reichstagswahlkampf im Ge-solge hat, aber die politische Gesamtlage ist bei der ge-schwächten Mitte und der tatsächlichen Minderheit der Re-gierung eine so schwierige und gespannte, daß jeden Augen-blick eine Explosion möglich ist. Da die Mehrheitssozial-demokratie auf ihrem Kaiserl. Parteitag offen den Wunsch ausgesprochen hat, es möchten doch bald Neuwahlen kom-men, so muß leider ernst damit gerechnet werden, daß es

schon die letzte Session sei, zu der sich diesen Dienstag der Reichstag versammelt.

Streikbeginn in England.

In mehreren Kohlenbergwerken Englands hat der Streik begonnen. Die Zahl der am Streik beteiligten Bergleute übersteigt bereits eine Million. Schon deuten Anzeichen darauf hin, daß die zwangsweise Feiern nach vielen Tausenden zählen werden. So meldet man, daß allein in einem Distrikt 21000 Metallarbeiter wegen der Schließung der großen metallurgischen Betriebe ohne Arbeit sind.

Die Delegiertenversammlung des nationalen Berg-arbeiterverbandes beschloß, eine Anzahl Bergarbeiter solle zur Instandhaltung der Bergwerke in Arbeit bleiben. Die Regierung hat alles veranlaßt, um die Lebensmittel-versorgung Englands völlig sicherzustellen; zu diesem Zweck ist das Land in 14 Bezirke eingeteilt. Tausende von Kraftwagen sind für die Veranschaffung der Lebens-mittel bereitgestellt. Wie beim vorjährigen Eisenbahn-streik soll auch jetzt wieder im Opdport ein Lieferdepot eingerichtet werden. Zahlreiche Freiwillige haben sich ge-meldet. Die Inflation wird auf die Hälfte herab-geleitet. Das Publikum hat die Nachricht von der Verkün-digung des Streites ruhig aufgenommen.

Bergarbeiterstreik in Belgien.

Die Bergarbeiter im Becken von Charleroi haben mit 22 127 gegen 4 138 Stimmen beschlossen, am 1. November in den Ausstand zu treten. Am Mittwochabend werden sich die Bergarbeiter vereinigen, um die durch das Referen-dum notwendig gewordenen Maßnahmen festzustellen. Die Bergarbeiter verlangen eine Lohnerhöhung von 5 Francs pro Tag.

Ähnlich wird mitgeteilt, daß die Regierung Groß-britanniens vom 15. Oktober an jede Ausfuhr von Rohle aus dem Königreich verboten hat.

Sozialdemokratischer Parteitag in Kassel.

Den Schluß der Sitzung am Freitag bildeten Reserate über das Wohnungssektor und über die Maßnahmen, die zu seiner Beseitigung ergriffen werden können. Keinerlei waren der frühere preussische Ministerpräsident Ehrich und der Freiburger Stadtrat Dr. Engler. Den Doktor-Altel hat Engler kürzlich von der Universität Freiburg ehrenhalber wegen seiner Verdienste um die Heimatstadt und das Heimat-land erhalten. Er ist der erste Volksführer, dem in Deutsch-land diese höchste akademische Würde übertragen worden ist. Am Sonnabend fand die Schlußsitzung statt. Zunächst wurde der bisherige Parteivorstand wiedergewählt, mit Ausnahme des preussischen Ministerpräsidenten Braun. Hierzu gab der Parteivorstand Hermann Müller die Erklärung ab, daß Parteivorstand und Parteiauswahl auf Grund zweijähriger Erfahrungen zu der Ueberzeugung gekommen seien, daß Re-gierungsmitglieder nicht dem Parteivorstand angehören dürfen. Als Ort des nächsten Parteitages kommen Kiel, Düsseldorf und Mannheim in Frage. Damit sind die Arbeiten des Parteitages erledigt und Hermann Müller würdigt in seinem Schlußwort den sachlichen Verlauf und die geschlossene Kraft der Partei, die er gegenüber der Selbst-zerfleischung in Halle mit Genugtuung hervorhebt.

Die Spaltung der U. S. P. D.

Auf dem Parteitag der Unabhängigen sozialdemokrati-schen Partei in Halle wurde ein Antrag Däumig-Stöcker, wonach der Parteitag die Bedingungen für den Ein-tritt in die dritte Internationale anerkennt, mit 237 gegen 136 Stimmen angenommen. Crispian erklärte, daß derjenige Teil des Parteitages, der die von der dritten Internationale vorgeschlagenen Bedingungen angenommen habe, verpflichtet sei, sich kommunistische Partei, Sektion Deutschlands der dritten Internationale, zu nennen. Das bedeute den Eintritt in eine andere Partei, was nach einem Beschluß des Zentralvorstandes mit der Beibehaltung des bisherigen Parteinamens nicht zu verein-baren sei. Auf Aufforderung Crispians verließ sodann der

rechte Flügel den Saal. Die Linke erhebt sich und stimmt die Marxkassette an, indem sie die Front zu den Arbeit-senden nimmt, die gleichsam am Zähler entlang kareitern. Es folgt ein Hoch der Linken auf die dritte Internationale.

Däumig führt aus: Dieser Parteitag der U. S. P. D. erhebt nach wie vor gerecht. Unsere Beschlässe sind ein-dringend für die gesamte Partei. Darauf läßt Sinowjew wegen Dummheit eine Erklärung verlesen, die lautet: „Als Ver-treter und Vorsitzender der Exekutiv der kommunistischen Internationale erkläre ich in deren Auftrag: Die Exekuti-ve fordert nicht von der U. S. P. D. den Übertritt zur K. P. D.; das ist aus keinem der 21 Punkte herauszu-leiten. Wir sind überzeugt, daß nach dem Verfall des Partei-tagess durch die reformistischen Elemente der U. S. P. D. eine neue kommunistische Partei Deutschlands bilden wird, durch heil-berliche Verbindung der U. S. P. D. und aller anderen wirklich proletarischen Elemente.“ Dieser Was nach das Rednerwort, ebenfalls mit Handflächen emp-fangen. Er ließ die Versammlung namens der dritten Internationale willkommen und schlug vor, einen Ver-treter an die dritte Internationale zu entsenden, damit man zur gemeinsamen Arbeit schreiten könne. Zu Ver-treter wurden mit gleichen Rechten wurden Däumig und Adolf Hoffmann gewählt.

Am Sonntag vormittag hielten beide Flügel der U. S. P. D. Versammlungen ab. In der des rechten Flügels wurde die Resolution Ledebour, die die Bedingungen der Internationale ablehnt, einstimmig angenommen. Dann verlas Crispian ein Manifest, das weiterhin ebenfalls ein-stimmig angenommen wurde, und worin u. a. gesagt wird, man halte an der Diktatur fest, und die bürgerliche Demo-kratie, auch der Reichssozialisten, könne den Sozialismus nicht durchführen. Gegenüber der Vereindungsparole der Kommunisten wird geltend gemacht, daß mit der Ver-lesung die revolutionäre Energie des Proletariats schwinde und nicht gesteigert werde. So wurden die Gren-zen nach rechts und links gezogen, um die Diktaturbedin-gung einer sozialistischen Mittelpartei zu vermeiden. Daran schloß sich eine Aussprache, in der Ledebour Leb-friedt, Kunert, Ledebour und Eisinger sprachen. Als-bann richtete Berger eine Absage an die Schamkeit eines Berliner bürgerlichen Blattes, man könne ein Ausnahm-gesetz gegen die Kommunisten machen, da sie sich außerhalb der Gesetze gestellt hätten. Ebenso aber erziele er dem „Vorwärts“, der geschrieben hat, er wolle die Linke weit anmachen für heimtückende Unabhängigkeit, einen Hoch. Als letzter Redner macht Breitheid auf die Schwierigkeiten auf-merksam, die der Partei bevorstehen. Der Parteitag ging darauf zur Beratung von Organisationsfragen über und wählte Ledebour neben Crispian zum Vorsitzenden. Dar-auf wurde er geschlossen.

Die Sitzung des linken Flügels war nur kurz und brachte nichts Wesentliches.

Die Russen Sinowjew und Sosowsky aus-gewiesen. Der preussische Minister des Innern Eberhard hat auf Veranlassung der Reichsregierung die Ausweisung des Vorsitzenden des Exekutivkomitees der dritten Internationale, Sinowjew und des Präsidenten der allrussischen Gewerkschaftsverbände, Sosowsky, verfügt. Sinowjew ist erkrankt und konnte daher gestern in der von der U. S. P. D. einberufenen Versammlung seinen Vortrag „Die Wahrheit über Sowjetrußland“ nicht halten.

Um die Dieselmotore.

Wie das U. T. erfährt, hat die deutsche Friedens-delegation in Paris mitgeteilt, daß die Vorkonferenz der Entente beschlossen habe, das Eintreffen der angeforderten deutschen Delegation über die Folgen der beabsichtigten Fortführung der Dieselmotoren abzuwarten, bevor weitere Schritte unternommen werden. Die Offizierkommission, die beauftragt ist, in Deutschland die Fortführung zu beaufsichtigen, wird daher Paris vorläufig nicht verlassen.

Aus Berlin wird gemeldet: In diesen Tagen haben in Paris Verhandlungen begonnen, in denen über die Poly-lieferungen an die Entente auf Grund des Friedensvertrages beraten werden wird.